

UNTERSCHWANINGEN (wo) – Noch vor Beginn der neuen Legislaturperiode beschloss das amtierende Gremium den Haushaltsplan 2026. Das aus dem Verwaltungs- und Vermögenhaushalt bestehende Zahlenwerk hat ein Rekordvolumen von 7.175.700 Millionen Euro. Das Zahlenwerk erläuterte Kämmerin Jennifer Herrmann von der Verwaltungsgemeinschaft Hesselberg. Im Vorbericht zum aktuellen Etat führte die Fachfrau an, dass der Vermögenshaushalt mit einem Sollüberschuss von 315.656 Euro abschließt. Dieser Betrag resultiert aus nicht durchgeführten Investitionen hinsichtlich der Sanierung von Ortstraßen und der Straßenerschließung des Gewerbegebietes sowie in die Abwasserbeseitigung. Eingehend auf den Verwaltungshaushalt wurde berichtet, dass die entstandenen Fehlbeträge bei den kostenrechnenden Einrichtungen mit den bestehenden Rücklagen ausgeglichen oder in das laufende Haushaltsjahr übernommen wurden.

Ansätze für Bau, Zuschüsse und Kredite

Der Verwaltungshaushalt schließt in den Einnahmen und Ausgaben mit 2.199.200 Millionen Euro. Dieser Etat enthält bei den Ausgaben die Löhne und Gehälter, die Umlagezahlungen an Schulverbände, den Landkreis, die Verwaltungsgemeinschaft und die Tourismusorganisationen sowie laufende Kosten für gemeindliche Einrichtungen und Versicherungen. Auf der Einnahmeseite werden die

gemeindlichen Steuern, der Einkommensteueranteil sowie die Schlüsselzuweisungen ausgewiesen. Der Vermögenshaushalt beinhaltet die vorgesehenen Investitionen und weist auf der Soll- und Habenseite ein Volumen von 4.976.500 Millionen Euro auf. Bei den Ausgaben stehen 3,2 Millionen Euro für den Kindergartenneubau im Ansatz. Erwartet wird für dieses Vorhaben ein Zuschuss in Höhe von 200.000 Euro. Veranschlagt sind außerdem die Sanierung oder Erschließung von Abwasserbeseitigungseinrichtungen mit Kosten in Höhe von rund 390.000 Euro sowie die Baukosten für den Rad- und Fußweg zum Bahnhaltepunkt mit 306.600 Euro, der sich aber um 300.000 Euro wegen der zu erwartenden Bezuschussung verringern dürfte.

Beschlüsse zu Ausstattung und Maßnahmen

Ebenso steht noch die Restfinanzierung zur Errichtung des Mobilfunkmastes mit 195.000 Euro auf der Sollseite des Budgets sowie der weitere Erschließungsaufwand für das Gewerbegebiet mit 319.000 Euro. Sollten alle Investitionen im laufenden Haushaltsjahr umgesetzt werden, ist eine Kreditaufnahme von rund 3,269 Millionen notwendig. Dazu wurde angemerkt, dass die in den Ansätzen ausgewiesenen Bezuschussungen eventuell nicht im laufenden Haushaltsjahr eingehen werden. Beim Investitions- und Finanzplan für die kommenden Jahre dominieren bei den Ausgaben die Verbesserung der Abwasserbeseitigung, weitere Straßensanierungen

im Rahmen des Integrierten Städtebauentwicklungskonzeptes (ISEK) und die in dieses Projekt eingebundene Renovierung der Marstallgebäude. Der Haushaltsplan einschließlich des Investitionsprogramms mit ihren entsprechenden Satzungen wurden einstimmig beschlossen. Die Möblierung der Küche für den neuen Kindergarten wird, dem Beschluss des Gemeinderats folgend, so ausgeführt wie von der Architektin vorgeschlagen. Die Anregung der Bauhof-Mitarbeiter, ein Kombifahrzeug anzuschaffen, das sich für den Winterdienst als auch für sommerliche Reinigungsarbeiten eignet, wurde positiv behandelt. Man wolle zeitnah Angebote bei entsprechenden Firmen einholen und eine Beschaffung umsetzen. Die Sitzgruppe, die sich am Waldrand zwischen Kleinlellenfeld und Oberschwaningen befindet und deren Umfeld mit dem Eichenprozessionsspinner befallen ist, wird abgebaut.

Vergaben, Speicher und Breitband-Aufträge

Die Vergaben aus der letzten nicht öffentlichen Sitzung gab Bürgermeister Markus Bauer bekannt. Demnach wurde die jährliche Zustandsüberprüfung des neu errichteten Mobilfunkmastes für die gesamte siebenjährige Zweckbindungsfrist in Höhe von 11.840 Euro vergeben. Angeschafft wird auch ein Batteriespeicher für die Photovoltaikanlage auf dem Kindergartenneubau zum Preis von 11.950 Euro. Der Bürgermeister klärt in dieser Angelegenheit, ob bei dieser Anlage ein Inselbetrieb möglich ist. Angenommen wurden die

vorliegenden Angebote zur Verbesserung der Breitbandversorgung bezüglich des Branchendialogs und zur Durchführung der Markterkundung mit zusammen 4370 Euro. Zugestimmt wurde einer Darlehensaufnahme in Höhe von einer Million Euro zur Finanzierung des Kindergartenneubaus und der Errichtung eines Funkmastes. Ebenso beschlossen wurde, dass das Angebot des Marktes Weiltingen für die Sommerferienbetreuung im Rahmen der Offenen Ganztageschule den Eltern und Kindern aus der Gemeinde unterbreitet werden soll. Abgelehnt wurde der Antrag zur nachträglichen Gewährung eines Zuschusses für die Errichtung des barrierefreien Zugangs zur Unterschwaninger Kirche.



Der Gemeinderat befasste sich erneut mit der Umgestaltung des Altortes Unterschwaningen einschließlich der weiteren Sanierung des Marstallgebäudes im Rahmen des „Integrierten Städtebaulichen Entwicklungskonzeptes (ISEK)“. Bürgermeister Markus Bauer begrüßte hierzu Mario Krebs aus der Geschäftsleitung der Verwaltungsgemeinschaft Hesselberg. Der Verwaltungsfachmann berichtete über eine in den letzten Tagen gemeinsam stattgefundene Videokonferenz sowie Gespräche zwischen der Verwaltungsgemeinschaft, Bürgermeister Bauer, dem Planungsbüro Topos-Team und dem Sachgebiet Städtebau bei der Regierung von Mittelfranken. Bei diesem Meinungsaustausch wurde seitens der Regierung auf das Modellvorhaben „Leerstand jetzt Wohnen“ hingewiesen. Von diesem Modellvorhaben könnte Unterschwaningen im Zusammenhang mit Mitteln der Wohnraum- und der Städtebauförderung profitieren. Durch diese Synergie der Förderinstrumente lasse sich innovativer Wohnraum, kombiniert mit Flächen für die Gemeinschaft, umsetzen, hieß es erläuternd. In einem weiteren Schritt ist zu prüfen, ob die Gemeinde die Anspruchsvoraussetzungen für das Projekt erfüllt.

Nächste Schritte für die Projektaufnahme

Die Gemeinde nutzt bereits einen Teil des Marstallgebäudes als Rathaus. Die weiteren renovierten Teile des Marstalls werden als Verwaltungs-, Sitzungs-, Büro-, Mehrzweck-, Jugend- und Vereinsräume genutzt. Die übrigen Gebäudeteile seien aus Sicht des

Planungsbüros für eine Wohnraumnutzung eine gute und geeignete Lösung. Im Rahmen des ISEK sind bereits Voruntersuchungen erfolgt. Außerdem müssen, um keine Zeit zu verlieren, aktuelle Plangrundlagen erstellt beziehungsweise zur Verfügung gestellt, die Denkmalschutzbehörde eingeschaltet und für das Modellprojekt eine Machbarkeitsstudie „Marstall-Schloss Unterschwaningen“ vor dem Aufnahmeantrag erstellt werden. Ziel sei, die Umnutzung weiterer Teile des Marstallgebäudes für Wohnzwecke zu ermöglichen. Nach Aussage des Vertreters der Regierung von Mittelfranken gebe es gute Chancen, in das Modellvorhaben aufgenommen zu werden. Die bereits vorhandenen Ergebnisse sollten inhaltlich ergänzt und mit dem Sachgebiet Wohnraumförderung, dem zuständigen Staatsministerium sowie einer externen Expertenrunde und dem Denkmalschutz abgestimmt werden. Ebenso sollte die Bürgerschaft in das Vorhaben eingebunden werden.

Abstimmung mit Ministerium und Bürgerschaft

Sowohl zeitlich als auch inhaltlich scheint das Unterschwaninger Vorhaben damit bereits sehr gut ins Raster zu passen. Das Sachgebiet Städtebau bei der Regierung von Mittelfranken werde das Vorhaben unterstützen und begleiten. Verwiesen wurde in diesem Zusammenhang auf eine stattfindende große Informationsveranstaltung des Bauministeriums. Abschließend führte Krebs an, die Empfehlung des Regierungsvertreters umzusetzen und bereits

vorab eine Absichtserklärung zu fassen und einen Erstkontakt mit dem Ministerium herzustellen, damit in dieser Sache eine umfangreiche Handlungsfähigkeit besteht. Nach diesen ausführlichen Darlegungen ergab sich ein positiver Meinungs austausch. Man war sich einig, diese Fördermöglichkeit zu nutzen und notwendige Schritte für eine Umsetzung in die Wege zu leiten.

